

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Juni 2009

Dr. Ekkehard Rohrer / Markus Russ / Sonja Bergmann

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 15. bis zum 21. Juni 2009

1. Institutionelle Angelegenheiten

1. Europäischer Rat reagiert auf Verfassungs- und Finanzmarktkrise

Bei ihrem Treffen am 18./19.06. einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf ein Protokoll zum Lissabon-Vertrag mit rechtlich bindenden Auslegungen, wodurch Irland ein positives Ergebnis in einem für Oktober anvisierten erneuten Referendum zum Reformvertrag ermöglicht werden soll.

Einigkeit bestand auch hinsichtlich einer neuen Finanzaufsicht auf europäischer Ebene, mit einem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken unter einem von allen 27 Zentralbankpräsidenten der EU („Erweiterter Rat der EZB“) zu wählenden Präsidenten und einem Europäischen Finanzaufsichtssystem mit drei neuen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden (für Banken, Versicherungen und Wertpapierhandel), das bei Uneinigkeit zwischen nationalen Aufsichtsbehörden verbindliche Beschlüsse fassen kann und auch die Aufsichtsbefugnis über Rating-Agenturen erhält. Entscheidungen der dieser Behörden dürfen aber nicht zu Belastungen der nationalen Haushalte führen.

Schließlich sprach sich der Gipfel für ein erneutes Mandat für Kommissionspräsident Barroso aus.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf

2. Weg aus Krise nach irischem Nein zum Verfassungsvertrag

Die Staats- und Regierungschefs der EU bekräftigten am 18./19.06., dass weiterhin ein Staatsangehöriger jedes Mitgliedstaats der Kommission angehören wird. Irland erhält Zusicherungen, dass in einem mit dem nächsten Erweiterungsvertrag zu ratifizierenden Protokoll klargestellt wird, dass dieser Vertrag keine Änderungen in der Steuerpolitik, beim irischen Abtreibungsverbot, bei Bildung und Familie sowie bei der militärischen Neutralität enthält. Irland gibt mit seiner Ratifikation eine Erklärung ab, wonach eine irische Beteiligung an Militäraktionen nur von Irland und nur im Rahmen eines Mandats des Sicherheitsrates oder der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen werden könne. Schließlich gab der Europäische Rat eine feierliche Erklärung zu den Rechten der Arbeitnehmer und zur Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten für Bildung, Gesundheit und Dienste der Daseinsvorsorge ab.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf

3. Achtzehn neue Europaabgeordnete nach Inkrafttreten von Lissabon-Vertrag-

12 EU-Mitgliedstaaten können nach dem Beschluss des Europäischen Rates entweder durch Ad-hoc-Wahlen, oder auf der Grundlage der Europawahlergebnisse vom 04.-07.06. oder durch Benennung aus der Mitte ihrer nationalen Parlamente zusätzliche Mitglieder zu den neu gewählten 736 Abgeordneten entsenden. Hauptbegünstigter ist Spanien (+4), vor Frankreich, Österreich und Schweden (je 2). Je ein weiteres Mandat entfällt auf Bulgarien, Italien, Lettland, Malta, Niederlande, Polen, Slowenien und Vereinigtes Königreich. Deutschland behält in der neuen Legislaturperiode die Mandatszahl von Nizza (99) und damit drei mehr als nach dem Lissabon-Vertrag. Die Gesamtzahl der Abgeordneten erreicht damit 754 gegenüber derzeit 785.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf

4. Benennungsverfahren für Europäische Kommission noch nicht geklärt

Vor dem Hintergrund einer ablehnenden Haltung von Sozialisten und Grünen gegen eine Benennung von Kommissionspräsident Barroso für eine neue Amtszeit in der konstituierenden Sitzung des EP vom 14.-16.07, verzichtete der Europäische Rat auf einen förmlichen Vorschlag. Sollte sich nach Sondierungsgesprächen der gegenwärtigen und der zukünftigen schwedischen Ratspräsidentschaft eine klare Mehrheit ergeben, könnte der Europäische Rat im Umlaufverfahren ein offizielles Votum abgeben, so dass die Bestätigung durch das EP doch noch im Juli erfolgen könnte. Der Europäische Rat stellte jedoch fest, dass die Benennung der einzelnen Kommissionsmitglieder erst nach Klärung der Rechtsgrundlage möglich ist. Dies bedeute, dass erst das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon abgewartet werden muss.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf

5. Finanzkrise und Klimawandel im Zentrum der Schwedischen Präsidentschaft

Für die am 01.07. beginnende schwedische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr steht die Umsetzung der zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise gefassten Beschlüsse des Europäischen Rates im Vordergrund. Vorrangig ist auch die Vorbereitung der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember. Als Antwort auf die verschlechterte Beschäftigungslage soll eine erneuerte Lissabon-Strategie im Frühjahr 2010 ermöglicht werden. Prioritäten sind ferner die Aushandlung des „Stockholm-Programms“ für eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres, die Fortführung des Erweiterungsprozesses mit den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien, die Heranführungsstrategie für den Westbalkan, die Östliche Partnerschaft und die Strategie für den Ostseeraum.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/6/9/sweden_takes_on_the_challenge_-_fredrik_reinfeldt_on_sweden_s_priorities_for_the_eu_presidency

6. Algirdas Šemeta neuer EU-Kommissar für Finanzplanung und Haushalt

Dalia Grybauskaitė, die am 17. Mai zur neuen litauischen Staatspräsidentin gewählt wurde, hat in dieser Woche in Brüssel ihren Nachfolger im Amt des Kommissars für Finanzplanung und Haushalt vorgestellt. Algirdas Šemeta war bisher Finanzminister in Litauen.

http://ec.europa.eu/commission_barroso/grybauskaite/index_en.htm

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

Kommissarin Benita Ferrero-Waldner in Belarus

Am 22. Juni reist die EU-Kommissarin zu einem offiziellen Besuch nach Belarus. Dabei wird sie mit Präsident Alexander Lukaschenko, Außenminister Sergej Martinow und mit Vertretern der Opposition und der Zivilgesellschaft zusammentreffen. Im Mittelpunkt der Gespräche werden die Lage in Belarus und die Frage stehen, wie die Beziehungen zwischen der EU und Belarus in Zukunft ausgebaut werden können, sofern das Land in den Bereichen demokratische Freiheiten, Menschenrechte und Achtung der unabhängigen Medien Fortschritte erzielt. Zu den Tagesordnungspunkten zählt ferner die Initiative für eine Östliche Partnerschaft. Bei ihrem Besuch in Minsk wird EU-Kommissarin Ferrero-Waldner zudem die Bereitstellung eines Hilfspakets in Höhe von 10 Mio. EUR für die Verbesserung der Nahrungsmittelsicherheit und – qualität in Belarus ankündigen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/970&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/belarus/index_en.htm

http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/belarus/belarus_en.htm

http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/index_en.htm

b) Außenhandel

Handelsbilanzüberschuss der Eurozone im April, für die EU27

Nach ersten Schätzungen ergab sich für die Eurozone (EZ16) im April 2009 ein Überschuss von 2,7 Mrd. Euro im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber +2,2 Mrd. im April 2008. Im März 2009 hatte der Saldo +1,8 Mrd. und im März 2008 -2,3 Mrd. betragen. Im April 2009 nahmen die Ausfuhren im Vergleich zum März 2009 (saisonbereinigt) um 1,3% und die Einfuhren um 2,7% ab.

Die EU27 wies nach ersten Schätzungen im April 2009 ein Handelsbilanzdefizit von 7,8 Mrd. Euro auf, gegenüber -14,9 Mrd. im April 2008. Im März 2009 2 war ein Saldo von -9,3 Mrd. und im März 2008 von -19,6 Mrd. verbucht worden. Im April 2009 nahmen die Ausfuhren im Vergleich zum März 2009 (saisonbereinigt) um 1,5% und die Einfuhren um 2,8% ab.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/89&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. Erstes Gipfeltreffen EU-Pakistan am 17.06. in Brüssel

Dabei wurden auf höchster Ebene die Stärkung der Partnerschaft EU-Pakistan, die politische Lage in der Region, globale Themen sowie Fragen der Weltwirtschaft erörtert. Anlässlich dieses Gipfels hat die Europäische Kommission beschlossen, ihre humanitäre Soforthilfe für Pakistan von 7 Mio. EUR auf 72 Mio. EUR aufzustocken, um den am stärksten gefährdeten Binnenvertriebenen aus dem Swat-Tal und aus anderen vom Bürgerkrieg betroffenen Krisenregionen des Landes zu helfen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/938&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/pakistan/index_en.htm

http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm

2. Humanitäre Hilfe für Besetztes palästinensisches Gebiet und Syrien

Die Europäische Kommission hat einen Beschluss über Nahrungsmittelforthilfe im Wert von 6 Mio. EUR für die Opfer der Dürre im besetzten palästinensischen Gebiet und in Syrien gefasst. Die Mittel werden vom Dienst für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission über nichtstaatliche und internationale Organisationen, einschließlich der Einrichtungen der Vereinten Nationen, bereitgestellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/923&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Fortschritte bei Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Westafrika

Die EU und die westafrikanischen Staaten vereinbarten am 18.06., bis Oktober 2009 ein regionales Abkommen über Warenhandel und Entwicklungszusammenarbeit zu schließen. Die EU-Handelskommissarin Catherine Ashton und der EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe Louis Michel trafen in Brüssel die Präsidenten der beiden regionalen Organisationen ECOWAS (Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten) und UEMOA (Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion), Mohammed Ibn Chambas und Soumaïla Cissé, sowie Minister der westafrikanischen Staaten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/946&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. EU entsendet Wahlbeobachter nach Guinea-Bissau

Die Europäische Kommission entsendet eine EU-Wahlbeobachtungsmission zu den für den 28. Juni angesetzten Präsidentschaftswahlen in Guinea-Bissau. Die Mission setzt sich aus 20 Wahlbeobachtern zusammen und wird von dem früheren Europa-Abgeordneten Johan Van Hecke (Liberalen/BE) geleitet, unter dessen Führung bereits die beiden letzten EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Guinea-Bissau 2005 und 2008 standen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/931&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Kommission bei ILO-Gipfeltreffen zur globalen Beschäftigungskrise

Vom 15. bis 17. 06. fand im Rahmen der 98. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz, des höchsten Dreiergremiums der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), ein Gipfeltreffen zur weltweiten Beschäftigungskrise statt. Vladimír Špidla, der die Europäische Kommission in der Gruppe "Global and regional coordination to address the jobs crisis" vertritt, präsentierte dabei die jüngste Kommissionsinitiative „Ein gemeinsames Engagement für Beschäftigung“. Er begrüßte den ILO-Vorschlag für einen globalen Beschäftigungspakt und unterstrich die Vorteile einer weltweiten Zusammenarbeit bei der Bewältigung der beschäftigungs- und sozialpolitischen Folgen der Krise.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/927&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=514&furtherNews=yes>

http://www.ilo.org/global/What_we_do/Officialmeetings/ilc/ILCSessions/98thSession/lang--en/index.htm

2. Bekämpfung der Kinderarbeit zentrales Thema von Kinderrechtsforum

Das Europäische Forum für die Rechte des Kindes wird sich auf seiner 4. Sitzung mit Kinderarbeit befassen. Dabei wird es hauptsächlich darum gehen, wie mit den auf Ebene der EU vorhandenen Instrumenten gegen Kinderarbeit vorgegangen werden kann. Besonders beschäftigen wird sich das Forum mit dem sozialen Schutz und der sozialen Verantwortung der Unternehmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/950&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/301&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Ferrero-Waldner)

3. Arbeitskosten in Eurozone im 1. Quartal um 3,7% gestiegen, EU um 1.5%

Die Arbeitskosten pro Stunde sind in der Eurozone (EZ16) im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal nominal um 3,7% gestiegen. Im vorigen Quartal betrug der Anstieg 4,0%. In der EU27 lag die jährliche Steigerungsrate im ersten Quartal 2009 bei 1,5%, nach einem Anstieg um 4,5% im vorangegangenen Quartal.

Bei einer Aufschlüsselung nach Wirtschaftszweigen zeigt sich, dass in der Eurozone im ersten Quartal 2009 die Arbeitskosten pro Stunde in der Industrie mit einer jährlichen Rate von 6,1%, im Baugewerbe von 3,6% und im Dienstleistungssektor von 2,4% gestiegen sind. In der EU27 stiegen die Arbeitskosten um 5,2% in der Industrie und um 2,8% im Baugewerbe, fielen aber um 0,5% im Dienstleistungssektor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/87&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Zahl der Erwerbstätigen in Eurozone und in EU27 um 0,8% gefallen

Die Zahl der Erwerbstätigen in der Eurozone (EZ16) ist im ersten Quartal 2009 gegenüber dem Vorquartal um 0,8% (1 220 000 Personen) gefallen. Dies geht aus vorläufigen Schätzungen im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hervor, die von Eurostat veröffentlicht werden. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Erwerbstätigen in der EU27 ebenfalls um 0,8% (1 916 000 Personen) gefallen. Im vierten Quartal 2008 hatte die Zuwachsrate bei -0,4% in der Eurozone und bei -0,3% in der EU27 gelegen. Diese Zahlen sind saisonbereinigt.

Gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres nahm die Beschäftigung in der Eurozone und in der EU27 im ersten Quartal 2009 um 1,2% ab, nach 0,0% bzw. +0,2% im vierten Quartal 2008.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/86&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Dienstzeiten Minderjähriger müssen berücksichtigt werden

In Bezug auf die österreichische Regelung, wonach bei einer berufsqualifizierenden Lehrzeit danach differenziert wird, ob sie vor oder nach Vollendung des 18. Lebensjahres absolviert worden ist, entschied der Europäische Gerichtshof, dass dies eine verbotene Altersdiskriminierung sei. Die Richtlinie 2000/78/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf stehe einer nationalen Regelung entgegen, die, um die allgemeine Bildung nicht gegenüber der beruflichen Bildung zu benachteiligen und die Eingliederung jugendlicher Lehrlinge in den Arbeitsmarkt zu fördern, bei der Festlegung der Dienstaltersstufe von Vertragsbediensteten des öffentlichen Dienstes eines Mitgliedstaats die Berücksichtigung von vor Vollendung des 18. Lebensjahrs liegenden Dienstzeiten ausschließt.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-88/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-88/08)

b) Gesundheit

1. Grippe-Alarmpläne aktiviert

Alle 27 EU-Mitgliedstaaten werden ihre nationalen Bereitschafts- und Reaktionspläne für eine Grippepandemie aktivieren. Auf das gemeinsame Vorgehen der EU haben sich EU-Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou und die tschechische EU-Ratspräsidentschaft verständigt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatte zuvor die höchste Alarmstufe für eine globale Pandemie ausgerufen. Warnstufe 6 für die weltweite Ausbreitung des Grippevirus A (H1N1) bezieht sich dabei auf die geographische Ausdehnung des Virus und nicht auf die Schwere der Krankheit. Während des Treffens des Gesundheitsministerrats in Luxemburg am 9. Juni wurde der EU-Ausschuss für Gesundheitssicherheit als das gemeinsame Forum bestimmt, in dem EU-Kommission und EU-Mitgliedstaaten konzertierte Antworten diskutieren.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8540_de.htm

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung

1. Krumme Gurken dürfen wieder verkauft werden

Ab 1. Juli entfallen nach der Verordnung der Kommission vom Dezember 2008 die spezifischen Marktstandards für 26 Frucht- und Gemüsesorten. Für 10 weitere Sorten (Äpfel, Zitrusfrüchte, Kiwis, Salate, Pfirsiche und Nektarinen, Erdbeeren, Gemüsepaprika, Tafeltrauben und Tomaten) bleiben die Standards erhalten, aber auch diese Erzeugnisse können bei eindeutiger Kennzeichnung, um sie von den Erzeugnissen der Güteklassen Extra, I und II zu unterscheiden, etwa als „zur Verarbeitung bestimmt“ vertrieben werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1694&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (PM Kommission vom 12.12.08)

2. Drei neue geschützte Herkunftsbezeichnungen

Es handelt sich um das Lammfleisch "Abbacchio Romano" (IGP) und das Brot "Pagnotta del Dittaino" (AOP) aus Italien und um das polnische Öl "Olej rydzowy".

http://ec.europa.eu/agriculture/foodqual/quali1_fr.htm

b) Landwirtschaft

1. Nichtveröffentlichung bayerischer Subventionsempfänger gerügt

Die EU-Kommission kündigte am 17.06. ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik an, da Deutschland Details aller Empfänger der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nicht vollständig veröffentlicht hat. Nach EU-Recht mussten Einzelheiten aller Empfänger bis zum 30. April 2009 im Internet veröffentlicht sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/932&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Vorzeitige Auszahlung der Direktbeihilfen für Landwirte

Der Verwaltungsausschuss für Direktzahlungen hat am 17.06. ein positives Votum für ein Vorziehen von bis zu 70% der Beihilfen auf den 16.10. abgegeben. Normalerweise werden Vorschüsse erst ab 01.12. gewährt. Mit einer förmlichen Annahme des Beschlusses ist in den nächsten Wochen zu rechnen.

3. Keine neue Milchquotenregelung

Der Europäische Rat hat die derzeitige Lage auf dem Milchmarkt erörtert. Er ersucht die Kommission, innerhalb der nächsten zwei Monate eine eingehende Marktanalyse durchzuführen, einschließlich möglicher Optionen zur Stabilisierung des Milchmarktes, und dabei das Ergebnis des Gesundheitschecks zu achten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf

4. Kommissarin Hübner auf Kongress zum Demografischen Wandel

Die Konferenz "Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft" des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) am 30.06. in Berlin stellt Strategien für den ländlichen Raum in den Mittelpunkt. Sinkende Geburtenzahlen und Abwanderung führten vor allem in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands zu einem starken Rückgang und zu einer Überalterung der Bevölkerung. Der demografische Wandel erreiche aber auch zunehmend die ländlichen Regionen Westdeutschlands. Der Demografie-Kongress will eine Bilanz der Arbeit in ostdeutschen Modellregionen ziehen und Perspektiven zur Weiterarbeit in den Regionen sowie in den beteiligten Bundesländern nach dem Ende der Modellprojekte aufzeigen.

http://www.region-schafft-zukunft.de/nr_472956/DE/Kongress/Programm_Flyer.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Programm_Flyer.pdf

5. Umsetzungsfrist für Ausnahmeregelungen von bedrohten Landsorten

Die Umsetzungsfrist für die Richtlinie 2008/62/EG vom 20. Juni 2008 zu Ausnahmeregelungen für die Zulassung von Landsorten und anderen Sorten, die an die natürlichen örtlichen und regionalen Gegebenheiten angepasst und von genetischer Erosion bedroht sind, sowie für das Inverkehrbringen von Saatgut bzw. Pflanzkartoffeln dieser Sorten endet am 30. Juni.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:162:0013:0019:DE:PDF>

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Konsultation zu verantwortungsvoller Kreditaufnahme und –vergabe

Die Europäische Kommission hat am 15.06. eine öffentliche Konsultation eingeleitet, in deren Zentrum die Frage steht, wie EU-weit die verantwortungsvolle Aufnahme und Vergabe von Krediten gewährleistet werden kann. Diese Konsultation ist im Zusammenhang mit der Kommissionsmitteilung „Impulse für den Aufschwung in Europa“ vom 4. März 2009 zu sehen (siehe [IP/09/351](#)), in der die Kommission zugesagt hatte, EU-weite Maßnahmen in diesem Bereich vorzuschlagen. Die Konsultationsfrist endet am 31. August 2009.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/922&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/finances-retail/credit/responsible_lending_de.htm

b) Steuern

1. Vorstellung des Steuerberichts der Kommission am 22.06.

Gehen die Steuern in Europa – insgesamt gesehen – eher rauf oder runter? Wie verteilt sich die Steuerlast auf die Wirtschaftsfaktoren Arbeit, Kapital und Konsum? Wie steht Deutschland im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn da? Wie hoch sind die Umweltsteuern? Diese und andere Fragen versucht der Europäische Steuerbericht 2009 zu geben, der von der Generaldirektion Steuern vorgestellt wird.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/gen_info/economic_analysis/tax_structures/index_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/08/92&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (Steuerbericht 2006)

c) Wettbewerbsrecht

1. EU-Fusionskontrollverordnung hat sich bewährt

Die EU-Fusionskontrollverordnung (Verordnung 139/2004), die am 1. Mai 2004 in Kraft trat, hat gemäß einem am 18.06. veröffentlichten Bericht der Kommission dazu beigetragen, dass Zusammenschlüsse in der EU heute effizienter geprüft werden. Aus dem Bericht geht jedoch auch hervor, dass es in einigen Bereichen noch Verbesserungspotenzial gibt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/963&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/mergers/studies_reports/studies_reports.html

2. Beihilfe für Solarmodulfabrik der Sovello AG in Sachsen-Anhalt

Die Kommission hat eine regionale Investitionsbeihilfe von 25 Mio. EUR zugunsten der deutschen Sovello AG (vormals EverQ GmbH) für die Herstellung von String-Ribbon-Solarmodulen in Sachsen-Anhalt nach den Beihilfevorschriften des EG-Vertrags genehmigt. Das Vorhaben, das Investitionen von 115 Mio. EUR umfasst, soll über 1 000 Arbeitsplätzen in der Region schaffen. Nach einer im Mai 2008 eingeleiteten eingehenden Prüfung (siehe [IP/08/772](#)) ist die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass die positiven Auswirkungen der Investition auf die regionale Entwicklung schwerer als die möglichen Wettbewerbsverzerrungen wiegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/962&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Beihilfe für Ford-Investitionen in Almussafes (Spanien) genehmigt

Die Kommission hat eine Beihilfe in Höhe von 51,9 Mio. EUR genehmigt, die Spanien Ford España, Tochter der Ford Motor Company, für eine Sanierung des Ford-Werks in Almussafes (Region Valencia) gewähren will. Die Maßnahme sei mit den Leitlinien für Regionalbeihilfen 2007-2013 (vgl. [IP/05/1653](#)) im Einklang. So sei das Vorhaben, in das Ford rund 490 Mio. EUR investieren wird, ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung der regionalen Wirtschaft.

Unangemessenen Wettbewerbsverzerrungen seien nicht zu befürchten. Die Investition gewährleiste die Aufrechterhaltung des spanischen Ford-Standorts Almussafes und werde rund 5000 Arbeitsplätze im Werk erhalten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/958&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Diskussion von AdR zu Kohäsionspolitik nach 2013 (29.06. in Berlin)

Die Debatte über die künftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik gewinnt an Fahrt. Vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise ist es notwendig, sich den zentralen Fragen über die künftige Ausgestaltung dieser wichtigen Gemeinschaftspolitik zu stellen. Dazu veranstaltet der Ausschuss der Regionen ein Podiumsgespräch zum Thema "Europäischer Zusammenhalt im Zeichen der Krise – Kohäsionspolitik nach 2013". Neben Dirk Ahner, Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik, nehmen u.a. Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Gerhard Stahl, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen und der und der Europaabgeordnete Lambert van Nistelrooij (EVP/NL) teil.

http://europaeische-vision.de/typo/index.php?id=70&tx_advCaleuropatermine_pi1%5beventid%5d=62&tx_advCaleuropatermine_pi1%5bview%5d=4&tx_advCaleuropatermine_pi1%5bbackpid%5d=66&cHash=f21f83b519

b) Energie

1. Erneute Besorgnis hinsichtlich russischer Gaslieferungen über Ukraine

Am 19.06. prüfte die Erdgaskoordinierungsgruppe unter Vorsitz der Kommission mögliche Schritte zur Sicherung der Gasversorgung im nächsten Winter. Nach Anhörung von Vertretern von Gazprom und Naftogas Ukrainy zu ihren Versorgungs- und Transitprognosen für den nächsten Winter erörterte die Koordinierungsgruppe die Risiken und die eventuell erforderlichen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen, mit denen die Energieversorgung aller europäischen Verbraucher gesichert werden soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/965&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Kommission Gastgeberin des 1. ASEM-Energieministertreffens

Am 18. Juni fand in Brüssel das 1. ASEM-Ministertreffen zum Thema Energie statt. Gastgeber sind die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, und der EU-Kommissar für Energie, Andris Piebalgs. Die Außen- und Energieminister asiatischer und europäischer Staaten haben eine Reihe von Themen der internationalen Energiepolitik erörtert, so etwa die Stärkung der Energiepolitik, erneuerbare Energien sowie Energiemärkte und -handel auf globaler Ebene. Gleichzeitig haben die Minister den 8. ASEM-Gipfel im Oktober 2010 in Brüssel vorbereitet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/937&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/asem/intro/index.htm

c) Finanzen

1. Weiterhin hohe Risiken für Finanzstabilität

In ihrem Halbjahresbericht zur Finanzstabilität weist die Europäische Zentralbank darauf hin, dass der Kreditzyklus noch nicht am Wendepunkt angelangt ist. Die Banken müssten weiterhin sorgfältig auf genügend Eigenkapital und ausreichend Liquiditätspolster achten. Die Schockabsorptionsfähigkeit großer und komplexer Banken sei äußerst ungewiss; erneute Erosionen der Kapitalbasis und des Vertrauens in den finanziellen Zustand dieser Institute seien möglich. Erhebliche Belastungen der Bilanzen der Versicherer seien ebenfalls nicht auszuschließen. Auch mit einer weiteren Abwertung von Kreditforderungen müsse gerechnet werden. Zusätzliche Risiken seien eine noch schlechtere Wirtschaftsentwicklung im Eurogebiet als erwartet, stärkere Rückgänge der amerikanischen Immobilienpreise und noch größere Belastungen der mittel- und osteuropäischen Länder.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2009/html/pr090615.en.html>

<http://www.ecb.europa.eu/pub/fsr/html/index.en.html>

http://www.ecb.int/press/key/date/2009/html/sp090615_1.en.html (Rede Papademos)

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. EuGH untersagt vergleichende Werbung mit Markenimitaten

In einem Rechtsstreit von L'Oréal gegen britische Vertreiber von Parfümimitaten stellte der Europäische Gerichtshof, deutlicher als von [Generalanwalt Paolo Mengozzi](#) in seinen Schlussanträgen vorgeschlagen, fest, dass die vergleichende Werbung mit einem Produkt, das als Imitat einer Marke dargestellt wird, als unlautere Ausnutzung des Rufs der Marke zu betrachten sei, was auch gegen die Anforderungen der Richtlinie über irreführende und über vergleichende Werbung verstoße.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-06/cp090054de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-487/07> (Urteil)

b) Inneres

1. Europäischer Rat besorgt über illegale Einwanderung im Mittelmeerraum

Die Staats- und Regierungschefs fordern den Rat und das Europäische Parlament nachdrücklich auf, zu einer Einigung zu gelangen, damit die Europäische Asylunterstützungsagentur rasch eingerichtet werden kann. Der Europäische Rat unterstreicht ferner die Notwendigkeit verstärkter, von FRONTEX koordinierter Grenzkontrolleneinsätze, klarer Einsatzregeln für gemeinsame Patrouillen und die Ausschiffung geretteter Personen sowie der vermehrten Durchführung von Sammelflügen zur Rückführung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf

2. Elektronische Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten gefördert

Die Kommission wird ein Projekt mitfinanzieren, das von Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Österreich und Polen vorangetrieben. Bis Ende 2009 wird jeder EU-Mitgliedstaat eine zentrale Anlaufstelle einrichten, bei der die Unternehmen Verwaltungsangelegenheiten elektronisch erledigen können. Während dies beispielsweise einem belgischen Dienstleister ermöglichen wird, alle Formalitäten zur Eröffnung eines Cafés in den Niederlanden online abzuwickeln, bezweckt das Pilotprojekt darüber hinaus, die Qualität der elektronischen Verfahren weiter zu erhöhen. Über einen Zeitraum von drei Jahren werden 14 Mio. EUR in das Projekt investiert, davon die Hälfte aus dem EU-Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/967&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/egovernment>

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Finanzierung von Klimapolitik für Entwicklungsländer vertagt

Der Europäische Rat bekräftigte, dass mit Ausnahme der am wenigsten entwickelten Länder alle Staaten nach einem universellen, umfassenden und spezifischen Beitragsschlüssel zur Finanzierung der Bekämpfung des Klimawandels in den Entwicklungsländern beitragen sollten. Die Hauptergebnisse sollten sich in erster Linie nach der Zahlungsfähigkeit und der Verantwortung für die Emissionen richten. Konkrete Vorschläge zur Finanzierung sollen erst auf der Oktobertagung des Europäischen Rates beschlossen werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf

2. Grüne Woche 2009: Klimawandel – Aktion und Anpassung

Mit dem Abschluss eines neuen internationalen Klimaübereinkommens auf der Tagesordnung der Konferenz im Dezember in Kopenhagen steht der Klimawandel natürlich im Mittelpunkt der diesjährigen Grünen Woche der Kommission, die vom 23.-26. Juni 2009 im Charlemagne-Gebäude in Brüssel stattfindet. Im Rahmen von acht der Sitzungen soll außerdem versucht werden, eine realistische Vorstellung davon zu bekommen, wie eine kohlenstoffarme Welt im Jahr 2050 aussehen könnte. Zu der dreitägigen Konferenz werden über 4 000 Teilnehmer aus Europa und anderen Teilen der Welt erwartet. Kommissionspräsident José Manuel Barroso wird die Hauptrede bei der Abschlussveranstaltung am 26. Juni halten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/969&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/environment/greenweek/home.html>.

<http://ec.europa.eu/environment/life/bestprojects/best2008-2009/index.htm> (LIFE-Umwelt)

b) Verkehr

1. Rat unterstützt Güterverkehrskorridore im Schienennetz

Die EU-Verkehrsminister erzielten am 11.06. eine politische Einigung zum Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr, wobei sie die Änderungen des EP in erster Lesung weitgehend übernahmen. Zu den vorgesehenen Korridoren gehören in Deutschland und Österreich die Verbindung zwischen den Rheinhäfen (Rotterdam und Antwerpen) und Genua, die Linie Stockholm- Hamburg- Innsbruck--Palermo, Linien von Polen über Wien nach Triest und von Prag nach Wien und Bukarest sowie Athen und von Bremerhaven sowie den Rheinhäfen über Berlin nach Warschau und Terespol/Kaunas.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/108411.pdf (Council Transport)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st10/st10678.de09.pdf> (Politische Einigung)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st10/st10678-co01.de09.pdf>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen

Die EU-Telekommunikationsminister befassten sich mit der Mitteilung der Kommission über den Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen "Schutz Europas vor Cyber-Angriffen und Störungen großen Ausmaßes: Stärkung der Abwehrbereitschaft, Sicherheit und Stabilität" und waren sich darüber einig, unter schwedischer Präsidentschaft hierzu Schlussfolgerungen anzunehmen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/108411.pdf (Council Transport)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08375-ad04.de09.pdf> (Folgenabschätzung)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08375.de09.pdf>

2. Neue EU-Roaming-Verordnung tritt am 01.07. in Kraft

Die neuen Regelungen ab dem 1. Juli 2009 umfassen einen begrenzten "Euro-SMS-Tarif" von nicht mehr als 11 Cent ohne MwSt., die Begrenzung des Datentarifs europaweit auf 1 Euro pro MB, die Einführung einer Kappungsgrenze von 50 Euro beim Telefonieren im Ausland (außer bei Opt-out des Vertragnehmers), um überraschend hohe Handy-Rechnungen zuhause zu vermeiden, weitere Reduzierung der Roaming-Sprachgebühren auf 46 Cent für abgehende und 22 Cent netto für eingehende Gespräche und die verbindliche Einführung einer sekundengenauen Abrechnung nach den ersten 30 Sekunden.

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/index_en.htm

X: Bildung, Forschung, Kultur

1. Ausschreibung von Aufträgen für „Clean Sky“

Die Initiative „Clean Sky“ hat eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Forschung und Entwicklung im Bereich der Luftfahrt mit einem Gesamtwert von 25 Mio. EUR eingeleitet. Clean Sky ist als erstes Projekt seiner Art eine EU-weite öffentlich-private Partnerschaft unter Einbeziehung kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU), Universitäten und Forschungszentren sowie führender Unternehmen der Luftfahrtindustrie. Die Aufforderung bildet den Auftakt zu einem der größten europäischen Forschungsvorhaben, in das bis 2014 insgesamt 1,6 Mrd. EUR investiert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/925&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/research/index.cfm?pg=newsalert&lg=en&year=2009&na=na-160609>

Weitere Informationen zu Clean Sky: www.cleansky.eu/

XI: Sonstiges

1. „ Visionen einer neuen Welt“ - Fotowettbewerb der EU- Kommission

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation 2009 hat die Europäische Kommission den Fotowettbewerb „ Visionen einer neuen Welt“ eröffnet. Profi- und

Amateurfotografen aller Altersstufen aus der gesamten EU können hier ihre Kreativität unter Beweis stellen. Eine namhafte Jury wird die Sieger auswählen, die als Preise Fotoausrüstungen und Reisen in EU-Städte gewinnen können. Für den Wettbewerb wurde eine eigene Webseite eingerichtet: www.imagine2009.eu. Die Fotos müssen bis spätestens 31. August 2009 eingereicht werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/941&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Offizielle Website des Wettbewerbs: www.imagine2009.eu

Offizielle Webseite des Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation: <http://create2009.europa.eu>